

General-Anzeiger

Eberfeld

für Eberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4397.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

Die Entscheidung drängt.

Weitere Stimmen aus England.

WTB. London, 8. Juli. (Draht.) Der diplomatische Berichterstatter der „Sunday Times“ erzählt, daß im Laufe dieser Woche eine Entscheidung fallen werde, wenn auch noch nicht feststeht, wann Baldwin seine lang erwartete Erklärung im Parlament abgeben werde. Der politische Berichterstatter schreibt, Baldwin habe genug von Unterredungen, die die Dinge nicht fördern, und habe Poincaré eineentschiedene Mitteilung zugehen lassen, daß der britische Fragebogen klar und ohne weiteren Verzug beantwortet werden müsse. Sollte Poincaré, wie zu erwarten sei, hierauf nicht eingehen, dann könne man damit rechnen, daß die britische Regierung die Initiative ergreifen und daß dann die Ereignisse sich rasch entwickeln würden.

Die letzte Kabinetsitzung.

GA London, 7. Juli. (Eig. Draht.) Heute vormittag hat das englische Kabinett den Bericht Lord Curzon über seine bisherigen Verhandlungen mit den Entente-Mächten angenommen. Das Kabinett wird jetzt erwägen, wie die Lösung der Reparationsfrage durch andere Methoden, die neben einer weiteren diplomatischen Aussprache unter den Entente-Mächten angewendet werden könnten, zu beschleunigen wäre. Eine amtliche Bekanntgabe der englischen Absicht in dieser Beziehung im Laufe dieser Woche wird nunmehr für sofort erforderlich gehalten, nachdem Poincaré und Millerand in ihren letzten Reden die gerade von französischer Seite bisher stets gewünschte Zurückhaltung der beiderseitigen Meinungen bezüglich der englisch-französischen Verhandlungen und ihrer Ergebnisse verlegt haben, was man in hiesigen amtlichen Kreisen, um sich diplomatisch auszubringen, nicht als bündesfreundliche Empfehlung empfand.

Die Tatsache, daß die Botschafter Belgiens und Frankreichs am Freitag eine schriftliche Ausrückung der Antwort ihrer Regierungen nicht überbracht haben, verbunden mit dem Inhalt der Rede Poincarés vom Freitag, hat die maßgebenden Persönlichkeiten des englischen Kabinetts — hauptsächlich Lord Baldwin und Curzon — veranlaßt, in aller Eile zwei Kollegen aufzufordern, Reden zu halten, in denen an die französische Adresse einige ernste Worte gerichtet worden sind. Es handelt sich um die Ausführungen Amerys und des Botschafters in Paris.

WTB. London, 8. Juli. (Draht.) Bei einer politischen Rundgebung in Birmingham erklärte Chamberlain Bruder, der Gesundheitsminister Neville Chamberlain, die einzige Welle am Horizont sei die Ruhrfrage. Die Befreiung des Ruhrgebietes sei gegen den Rat Englands erfolgt, und ihr Ergebnis habe leider die englische Besorgnis gerechtfertigt. Die Befreiung habe Frankreich keinen Nutzen gebracht, und ihre Wirkung mache sich auch in einem Rückgang des englischen Handels bemerkbar. Diese Lage könne nicht unbegrenzte Zeit fortauern. Es handle sich um Dinge, die nicht nur Frankreich allein angingen, und so bringend auch der Wunsch Englands sei, harmonische Beziehungen mit Frankreich aufrechtzuerhalten, so sei doch die Zeit gekommen, da es notwendig werde, endgültige Schritte zu unternehmen.

Der Erste Lord der Admiralität, Amery, erklärte zur Ruhrfrage, England habe seinen Verbindungen die Möglichkeit gegeben, ihre eigene Politik auf ihre Weise durchzuführen. Die Lage sei aber für England so ernst geworden, daß es genötigt sei, dies festzustellen. Das sei in seinem eigenen Interesse, in dem seiner Verbindungen und im Interesse der Welt notwendig.

WTB. London, 8. Juli. (Draht.) Garvin schreibt im „Observer“: England habe länger gewartet, als die Vernunft rechtfertige. Die Spannung zwischen London und Paris habe nicht nachgelassen. Die nächsten zehn Tage würden wahrscheinlich über das Schicksal des vor zwanzig Jahren gegründeten Verbandes entscheiden. Drei britische Minister hätten es fast für unmöglich gefunden, mit Poincaré zusammenzuarbeiten. Poincaré habe eine Neigung zu haben, dem Verband ein Ende zu bereiten, als seine Formeln abzuändern. Poincarés persönliche Ehrenhaftigkeit liege außer Frage, wenn er es aber nicht für möglich halte, den wichtigsten Interessen Englands angemessene Zugeständnisse zu machen, so werde England nichts anderes übrig bleiben, als seine volle Handlungsfreiheit in auswärtigen Angelegenheiten wieder in Anspruch zu nehmen. Die Engländer seien stets zu Kompromissen geneigt. Wenn aber der Augenblick komme, da sie einsehen, daß ihre Bemühungen vergeblich gewesen seien, dann hätten sie ihren Entschluß und hätten ihn aus, ohne Rücksicht zu nehmen. Der Zusammenbruch Deutschlands bringe Schaden und Ruin über England und alle europäischen und produzierenden überseeischen Nationen. Die französische Ausbeutung müsse zum mindesten

strenge unsichtbar werden und Frankreich auf jede Einmischung in das dortige Wirtschaftsleben verzichten, wenn Deutschland die Möglichkeit erhalten solle, eine Mindestsumme an Reparationen zu zahlen. Großbritannien sei bereit, mit Frankreich gemeinsam Bezahlung der Mindestsumme zu erwirken. Es sei bereit, Frankreich für immer seine territoriale Unverletzlichkeit teilschließlich Elsass-Lothringens zu gewährleisten. Frankreich müsse ebenso insuland sein, seine auswärtigen Schulden zu bezahlen wie Großbritannien. Die abgelehnte Haltung, die Poincaré in diesem Punkte zuwenden einnehmen möchte, könne nicht einen Augenblick geduldet werden. Sie würde den britischen Kredit auf allen Märkten der Welt endgültig zerstören. Kein Befehl der deutschen Regierung könne den passiven Widerstand beenden, bevor nicht die französische Befreiungsbefreiung festgelegt werden, an dem Vertreter der Vereinigten Staaten teilzunehmen. Die wirtschaftliche Wiederherstellung Mitteleuropas sei wichtig für alle Handels- und schiffahrtstreibenden Länder der Welt. Amerika werde früher oder später in seinem eigenen Interesse eingreifen, da es jetzt schiffahrtstreibende Nation geworden sei.

Garvin schließt: Frankreich habe im Augenblick militärische und strategische Vorteile. Die Stellung der britischen Politik sei, daß sie sich in Übereinstimmung mit den allgemeinen Interessen der Welt befände. Keineswegs würde die englische Politik, falls der Verband beendet würde, übermäßig gewaltsam auftreten. England hoffe, daß durch einige Zugeständnisse an seine Überzeugung das Gleichgewicht gewahrt bleiben werde. Die Entscheidung darüber liege bei Poincaré.

Man merkt's in Paris.

GA Paris, 9. Juli. (Eig. Draht.) Die hier aus London vorliegenden Meldungen lauten pessimistisch. Man erwartet, daß in dem Kabinettsrat am Dienstag die Entscheidung darüber fallen wird, ob die englische Regierung ihren Meinungsaustausch mit Paris und Brüssel fortsetzen oder die mehrfach angekündigte diplomatische Sonderaktion einleiten wird. Die Hoffnung auf eine Verständigung scheint gering.

Die englischen Erwägungen für einen Sonder Schritt.

GA London, 9. Juli. (Eig. Draht.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß das Kabinett folgende Punkte als Grundlage eines selbständigen englischen Vorgehens in der Reparationsfrage prüfen werde:

1. Wann und in welcher Form kann das deutsche Moratorium über die Reparationsfrage beantwortet werden?
2. Welches Verfahren soll angewendet werden, um Deutschlands Zahlungsfähigkeit von einem internationalen Sachverständigenausschuß abschätzen zu lassen?
3. Soll Sir John Braburn beauftragt werden, in der Reparationskommission eine Interpretation des umstrittenen Paragraphen 18 des zweiten Anhangs des Friedensvertrages über die Reparationen zu beantragen. Zählt sich aus diesen Interpretationen in der Reparationskommission keine Einigung herbeiführen, soll diese Frage dann einem Weltfriedensgericht im Haag unterbreitet werden. (Es handelt sich um den Paragraphen über die Maßnahmen, die gegen Deutschland ergriffen werden können, wenn eine absichtliche Nichterfüllung vorliegen sollte.)
4. Soll der Weltfriedensgerichtshof beauftragt werden, den Paragraphen 248 des Friedensvertrages zu interpretieren, wonach das deutsche Staatseigentum nur den alliierten und assoziierten Regierungen als gemeinsames Pfand zur Verfügung gestellt sei, daß also nur gemeinsam ausgeteilt werden kann?
5. Welche Forderungen soll England an seine Alliierten bezüglich der Fundierung ihres Schadens richten?

Bezüglich des Punktes 2 hebt Daily Telegraph hervor, daß England wahrscheinlich zuerst versuchen werde, die Reparationskommission zu veranlassen, einen Ausschuss internationaler Sachverständiger zu bestellen, der unter dem Vorsitz des amerikanischen Beobachters seine Aufgabe durchzuführen hätte. Bezüglich der Frage unter Punkt 4 verweist das Blatt darauf, daß die amerikanischen, belgischen und englischen Sachverständigen in der Reparationskommission sich fürzlich dahin ausgesprochen haben, daß der Artikel 248 es nicht zulasse, daß einer der Vertragschließenden sich mit Gewalt in den Besitz irgendeines beliebigen beraubten deutschen Eigentums setze, um es im eigenen Interesse auszunutzen. Dieser

Fall liege aber offenbar vor, da Frankreich und Belgien aus dem gesamten Reichseisenbahnnetz die Ruhr-Rheinbahnen herauslösen, um sie für eigene Rechnung zu betreiben.

Die pessimistische Auffassung, die in amtlichen Kreisen durch die französischen Reden bezüglich der englisch-französischen Verhandlungen gehoben zum Ausdruck kam, findet heute in den liberalen und konservativen Blättern lebhaften Ausdruck. Die „Times“ weisen darauf hin, daß jeder weitere Tag „einer diplomatisch unerbundenen Lage“ eine Erleuchtung der englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten erschwert. Man müßte einen moralischen Appell an die Welt zugunsten des von England eingenommenen Standpunktes erwirken.

Eine Rede Millerands.

Wer am längsten aushält, gewinnt!

GA Paris, 8. Juli. (Eig. Draht.) Im Verlaufe seiner Reise nach Clermont Ferrand, wo die Gedächtnisfeier für Pascal stattfand, hielt Millerand eine Rede, deren Grundton war, Frankreich habe mit seinen Alliierten ungeheure Opfer gebracht, um den Sieg zu erreichen, und um sich selber gleichzeitig wie die Zivilisation zu retten. Wenn die Schlacht auch beendet sei, so habe der Kampf nicht aufgehört. Der Sieg sei noch nicht vollendet, da die Zeit und der Kampf noch die Früchte freit machen. Man treibe jetzt eine Politik, die einen langen Atem erfordere, so wie während 4½ Jahren unsere mutigen Soldaten durchgehalten haben, ohne sich zu fragen, ob das Ergebnis morgen oder übermorgen kommen wird, aber fest entschlossen, eine Viertelstunde länger auszuhalten als der Gegner. So sei es auch in der gegenwärtigen Außenpolitik notwendig, daß Frankreich entschlossen ist, wie gestern in seiner Kriegspolitik, durchzuhalten bis zum Ziele, das heißt eine Viertelstunde länger als der Gegner. Eines dürfe man aber nicht vergessen, es gebe keine Außenpolitik ohne eine innere Politik, die sie versteht und unterstützt. Deshalb appelliere er an alle Franzosen, die inneren Meinungsverschiedenheiten noch begraben zu lassen und durch Einigkeit stark zu sein, denn die Stunde habe noch nicht geschlagen, um die inneren Meinungsverschiedenheiten zu Worte kommen zu lassen.

Zum Schritt des Vatikan in Berlin.

WTB. Rom, 8. Juli. (Draht.) Der Vertreter des Völkischen Volks-Büros ist in der Lage, mitzuteilen, daß das von der Reichsregierung über die Unterredungen des Reichsanklagers mit dem Kunzian Vacelli herausgegebene Communiqué im Vatikan mit großer Befriedigung aufgenommen worden ist.

GA Paris, 9. Juli. (Eig. Draht.) Nach einer Habermeldung aus Rom, bei der Oberpräsident der Rheinprovinz eine Mitteilung anschlagen lassen, die sich in energischen Ausdrücken gegen alle Sabotageakte wendet. Diese Proklamation, so heißt es, habe zu, der eine Anzahl analoger Erklärungen anderer deutschen Behörden in den besetzten Gebieten folgt, kann als ein Zeichen für einen Umschwung der Auffassung der Regierung angesehen werden, um als ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung eine Weisung in diesem Sinne gegeben hat.

WTB. Paris, 8. Juli. (Draht.) Erwägungen durch die Veröffentlichungen des Völkischen Büros und des „Observateur Romano“ bestätigt die Habermeldung nachträglich, daß vor einigen Tagen der Sekretär der päpstlichen Kurie in Paris im Außenministerium eine Erklärung im Sinne der von „Observateur Romano“ veröffentlichten Note abgegeben hat. Er habe zur Antwort erhalten, daß bis jetzt nur die belgische Regierung wegen des Duisburger Attentats auf belgische Soldaten Maßnahmen getroffen habe, daß jedoch die französische Regierung ebenso wie die belgische Regierung berechtigt und verpflichtet seien, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um eine Wiederholung derartiger Attentate zu verhindern.

Der Bischof von Baderborn an den Papst.

Baderborn, 8. Juli. Bischof Dr. Klein hat von Heiligenstadt aus das nachstehende Telegramm an den Papst geschickt:

Euer Heiligkeit! Ich bin tief dankbar und 1700.000 Gläubige für den neuen Schritt der Heiligung des Vaterlandes aus ganzer Seele eifrigen Dank. Wir stehen inhaftig zu Gott, daß er Euer Heiligkeit dochzeitige Bemühungen überreich segne und zum langverheißenen glücklichen Ziele führe. Zugleich erneuere wir das Gebet um unbedingte Treue bis zum Tode. Calpar, Bischof von Baderborn.

Ein Bedruf des Kardinals Dr. Schulte.

Bonn, 8. Juli. Kardinalbischof Dr. Schulte richtete an seine Diözesanen einen Aufruf, in dem er auf den Papstbrief Bezug nimmt und in dem es u. a. heißt: „Es ist fraglos, daß die Entwicklung der Dinge, unter denen unsere tapferen Bevölkerung an Rhein und Ruhr so namenlos zu leiden hat, einen entscheidenden Wendepunkt nahe gekommen ist. Daher drängt es mich, die unerlässliche Beharrlichkeit eures guten Willens, der unter Wahrung von Pflicht und Ehre nur nach Frieden und Versöhnung strebt, nochmals nachzurufen und euch inständig zu bitten, die Bemühungen unserer Regierung und überhaupt aller, die irgendwie eifrig für den Weltfrieden arbeiten, in diesen schicksalsschweren Tagen und Wochen mit euren unablässigen Gebet zu begleiten.“

Der Prozeß Judet.

„Deutsche Beziehungen.“

Der Pariser Prozeß gegen den ehemaligen Herausgeber des „nationalistischen und bonapartistischen“ „Celaire“, Ernest Judet, dauert nun schon zehn Tage und wird vielleicht noch Wochen dauern. Aber man kann sich aus den bisherigen Ergebnissen der Verhandlung bereits ein Bild machen, das für das Ausland von Bedeutung ist. Bekanntlich ist Judet des „Einverständnisses mit dem Feinde“ angeklagt. Der Feind aber war (und ist ja heute wieder): Deutschland.

Judet, der seit dem Frühjahr 1918 in der Schweiz lebte, hatte sich den französischen Gerichten zunächst nicht gestellt und beschuldigte den damaligen Ministerpräsidenten Clemenceau, seine Verurteilung aus Gründen persönlicher Rache zu betreiben. Am 4. Februar 1923 wurde Judet von einem Pariser Gerichtshof im Abwesenheitsverfahren zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt. Das Verfahren war schon im Sommer 1919 durch das Pariser Kriegsgericht eröffnet worden, und zwar auf Grund einer Anzeige, die eine Frau Boffard, eine geborene Französin und Frau eines Schweizer Malers, Hauptbelastungszeugin auch im jetzigen Prozeß, gegen ihren Mann, mit dem sie in Ehescheidung lag, und gegen Judet erstattet hatte. Frau Boffard behauptet auch jetzt vor dem Schwurgericht, dem sich Judet durch freiwillige Einreise nach Frankreich gestellt hat, Judet sei fernerzeit durch Vermittlung Boffards mit der deutschen Gesandtschaft in Bern in Verbindung getreten und habe sich gegen Zahlung von zwei Millionen Franken verpflichtet, auf die Beeinflussung der Stimmung in Frankreich und auf einen für Deutschland günstigen Frieden hinzuwirken. Judets Gegenbehauptung: der Maler Franz Boffard habe sich widerrechtlich seines Namens bedient, um von den Deutschen zwei Millionen Franken an sich zu bringen.

Die Aussagen der Frau Boffard werden scheinbar bestätigt durch deutsche „Geheimdokumente“, die angeblich nach dem Abmarsch der Deutschen in Brüssel gefunden wurden. Als Zeuge erklärte jetzt vor den Pariser Geschworenen der frühere Völkische Winter, der unter Clemenceau die nach dem Kriege aufgelöste „nationale Sicherheitspolizei“ geleitet hat, daß ein Deutscher namens A. Leopold, der als Mitarbeiter Karl Rautskys im Berliner Auswärtigen Amt die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch gesehen habe, für Judet belastenden Akten am 2. April 1919 an die Franzosen verkauft habe. Aber mit diesem Kronzeugen Winter ist der Pariser Ankläger, wenn man so sagen darf, ausgerüstet. Denn der alte Karl Rautsky, der in Berlin in aller Stille lebt, weiß sich ganz genau zu befinden, daß Herr Leopold nicht sein Mitarbeiter war. Er hat ihn nur flüchtig kennen gelernt und er bemerkt mit Recht: Aus der Tatsache, daß Leopold eine Zeitlang mit den belgischen Akten zu tun hatte, braucht nicht die Echtheit der im Prozeß Judet verwendeten Dokumente gefolgert zu werden; sie müssen nicht gefälscht, sie können auch gefälscht sein.

Der Verteidiger Judets hat hier sofort eingewandt. Er will beweisen, daß die Papiere gefälscht sind. Nach dem Waffensstillstand habe es ja eine ganze Horde zur Herstellung solcher Dokumente gegeben. Siehe Fall Anspach! Was also das berühmte Bordereau im Trejusprozeß war, das scheinbar die belgischen Papiere im Fall Judet zu werden. Es ist deshalb wohl an der Zeit, daß sich das Berliner Auswärtige Amt trotz seiner gegenwärtigen großen Sorgen auch mit dieser kleinen Angelegenheit Leopold beschäftigt. Denn man kann nicht wissen, was noch politisch daraus wird, das heißt, was die französische Propaganda unter Umständen daraus macht.

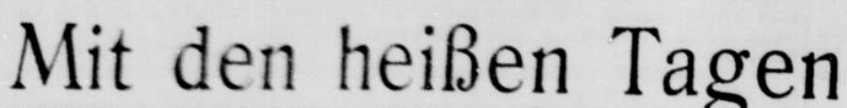
Der 72jährige Angeklagte Judet, der frisch wie ein Vierzigjähriger für seine Unschuld kämpft und einen Sad voll Geheimnisse im Rücken hat, liegt sozusagen auf der Lauer. Er kann aussehender Enttäuschungen über die vatikanische Politik während des Krieges machen, er kann die Person Poincarés in unliebsamer Weise in die Gerichtsverhandlung ziehen. Er kann den heute in Paris herrschenden Streifen höchst unangenehm werden. Er hat versprochen, zu schweigen, wenn man ihm seinen Strid dreht, wenn man nicht versucht, ihm das Schicksal eines Dolo Pascha verruchten Angeklagten zu bereiten. Aber wer garantiert für den Herrn Ankläger, wenn Frankreich glaubt, wieder einmal beinahe verraten worden zu sein? Vielleicht wird aus der wohl-einstufigen Komödie doch noch ein Sensationsprozeß.

Saar-Kompromiß im Völkerbund.

Baldige Zurückziehung der fremden Truppen.

Der Völkerbund hat am Samstag seine gegenwärtige Tagung beendet und in der letzten öffentlichen Sitzung die Saar-Untersuchung mit der Annahme einer Resolution abgeschlossen, der man die Mühe anmerkt, die es gekostet hat, die englische und die französische Auffassung zu vereinigen. Die Resolution, die keineswegs unseren Wünschen entspricht, ist alles in allem gleichwohl ein Schritt nach vorwärts. Bei dem großen Interesse, das dieser Beschluß des Völkerbundes für Deutschland hat, seien die wichtigsten Stellen der Resolution wörtlich mitgeteilt.

„Der Rat hat durch persönliche Aushandlung mit allen Mitgliedern der Kommission die Bande enger knüpfen wollen, die zwischen dem Völker-



Oscar Fromm

Weitere Geschäfte:
Dortmund, Oberhausen, Herten und Erkenschwick

40%
Bohnen-Kaffee
Blaue Packung.

Training
L. Klasse: 1

STANDARD. 40.

